


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 25.04.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:25 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Mroß
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 28.02.2018	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates	
5.1.	Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 07.03.2018 Förderung des Ehrenamtes	0462/18

hinzugezogen:
Einwohner, Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 28.02.2018 **0187/18**
Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung SAG, Gestaltung der neuen Straßenbahnhaltestellen
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister,
hinzugezogen: Bürgerbeauftragte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen,
Vorstand Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG)
7. Informationen
- 7.1. Vertagung aus der Sitzung des Ausschusses vom **2051/17**
08.11.2017
Modellprojekt "biko" angesiedelt bei pro familia
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Jugend
Projektmitarbeiterin "biko"
- 7.2. Situation obdachloser Menschen in Erfurt **0578/18**
Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
- 7.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die anwesenden Gäste herzlich.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab folgenden Antrag zur Änderung der Tagesordnung:

Die Anhörung der Vertreter des Vereins zur Förderung von Suchtpräventionsmaßnahmen Erfurt e. V. sollte im öffentlichen Teil der Sitzung, unter dem TOP 4, aufgrund terminlicher Probleme der Gäste erfolgen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, schlug vor, in diesem Rahmen den Powerpoint-Vortrag des Bereiches Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sowie Sozialpsychiatrischer Dienst der Abt. Gesundheit im Amt für Soziales und Gesundheit anzuhören.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, brachte die geänderte Tagesordnung wie folgt zur Abstimmung:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 28.02.2018

genehmigt Ja 4 Nein 0 Enthaltung 2

4. Dringliche Angelegenheiten

Entsprechend der abgestimmten, geänderten Tagesordnung (s. TOP 2) erfolgte an dieser Stelle die Anhörung zum

TOP 5.1.

Drucksache 0180/18 Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung des SAG vom 17.01.2018, Ergebnisse des Arbeitskreises Suchtprävention bei der Erstellung des Suchtpräventionsprogramms sowie des

TOP 5.2.

Drucksache 0181/18 Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung des SAG vom 17.01.2018, Angebotsmöglichkeiten Suchtprävention der Landesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz

Anschließend erfolgte eine Präsentation durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Suchtprävention des Amtes für Soziales und Gesundheit. Diese wurde dankend zur Kenntnis genommen und wurde als Anlage zu dieser Niederschrift übergeben.

Die anwesenden Vertreter des Vereins zur Förderung von Suchtpräventionsmaßnahmen Erfurt e.V., der Thüringer Fachstelle für Suchtprävention und der Landespolizeiinspektion Erfurt wurden begrüßt und einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Die Vertreterin des Vereins zur Förderung von Suchtpräventionsmaßnahmen Erfurt e.V. informierte anschließend über ihre Tätigkeit und gab umfassende Erläuterungen zum "Revolution Train" (AntiDrogenZug). Der Verein bietet die Kooperation mit der Stadtverwaltung an.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wies auf die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sowie die gute Vernetzung mit den Vereinen hin. Er gab Auskunft zur Finanzierung des "Drogenzuges", sieht hier aber auch Regelungsbedarf. Die anschließenden Informationen über seine Tätigkeit wurden zur Kenntnis genommen.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, stellte fest, dass das Thema heute nicht abschließend diskutiert werden kann.

Sie schlug vor, die Themen / Angebote zu bündeln und auch den Verein mit hinzuzuziehen.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, bedankte sich anschließend für die informativen Ausführungen der Gäste und beendete den TOP mit dem Hinweis auf die weitere Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Es wurde festgehalten, dass Einzelmaßnahmen auch immer im Rahmen des Gesamtkonzeptes (Vorbetreuung, Nachbetreuung) zu diskutieren sind.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 07.03.2018 0462/18**
Förderung des Ehrenamtes
hinzugezogen:
Einwohner, Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Dem anwesenden Einwohner wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Dieser bedankte sich für die Beantwortung seiner Anfrage, ging auf die Bedeutung der Ehrenamtskarte ein und unterbereitete den Diskussionsvorschlag, ehrenamtlich tätigen Bür-

gern zur Unterstützung ihrer Tätigkeit eine kostenlose Jahreskarte für die EVAG zur Verfügung zu stellen.

Der Ehrenamtsbeauftragte erläuterte das Verfahren zur Vergabe der Ehrenamtskarte.

Der sachkundige Bürger, Herr Engemann, betonte die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für die ganze Stadt. Er verwies auf die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen und die Fördermöglichkeiten, die diesen zur Verfügung stehen.

Seitens des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, wurde betont, dass das Ehrenamt nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Er schlug vor, die Anregung im Ehrenamtsbeirat weiter zu diskutieren.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, unterstützt den Vorschlag zur Diskussion im Ehrenamtsbeirat. Möglicherweise kann dies zu einer Anpassung der Förderregularien führen.

Der Ehrenamtsbeauftragte bestätigte, dass die Thematik im Rahmen des nächsten Ehrenamtsbeirates aufgerufen wird.

zur Kenntnis genommen

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 28.02.2018 0187/18**
Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung SAG, Gestaltung der neuen Straßenbahnhaltestellen
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister,
hinzugezogen: Bürgerbeauftragte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen,
Vorstand Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG)

Die Bürgerbeauftragte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Frau Michelfeit-Ulrich, gab weitergehende Erläuterungen zu ihrer vorliegenden Stellungnahme. Sie stellte dar, dass das Thema mehrfach in der Arbeitsgruppe "Barrierefreies Erfurt" besprochen wurde. Der tatsächliche Höhenunterschied bleibt an einigen Haltestellen problematisch.

Herr Mroß, stellvertretender Ausschussvorsitzender, griff das Problem auf und erinnerte an das Ziel, bis 2022 alle Haltestellen in Erfurt barrierefrei zu gestalten.

Dem anwesenden Vertreter der EVAG wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt. Er erläuterte anschließend detailliert die technischen Probleme bei der Ertüchtigung der barrierefreien Haltestellen. Er ging auf die Einhaltung der entsprechenden Parameter ein,

die einzuhalten sind, um einen barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Diese haben sich in den letzten 25 Jahren verschärft (von 10 x 10 cm auf 5 x 5 cm).

Herr Städter, Fraktion FFP, brachte Beispiele wie z.B. in Leipzig (Überwindung der Spaltbreite durch Leisten bzw. Rampen) oder in der Schweiz (Schiebetritt) an.

In der Beantwortung darauf verwies der Vertreter der EVAG auf die gesetzlichen Vorgaben und die unterschiedlichen Haltezeiten (Leipzig bis 4 Minuten, Erfurt 12 Sekunden).

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, sieht an der Haltestelle in der Schillerstraße einen Schwerpunkt, da sich dort ein Ärztehaus und Pflegedienste befinden. Zugleich wies sie auf die Erhöhung der Ansprüche hin und schlug eine Prüfung durch die EVAG vor, um eventuell zu einer kurzfristigen Zwischenlösung zu kommen. Es wäre hilfreich, über die Planungen und Zeitschienen der EVAG informiert zu werden, wann welche Haltestellen realisiert werden.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, verwies auf einige Haltestellen, die nach seinen Erfahrungen "katastrophal" sind und auf deren Wirkung im Bezug auf die BUGA 2021 in Erfurt.

Der Vertreter der EVAG teilte mit, dass bis 2021 alle Haltestellen der Straßenbahn barrierefrei umgebaut werden sollen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, informierte, dass in den Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses das Thema öfter diskutiert wurde.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, regte an, den Arbeitskreis "Barrierefreies Erfurt" in Verantwortung zu nehmen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Hierfür werden auch gemeinsame Begehungen mit dem Beirat vorgeschlagen.

Abschließend wurde nachfolgende Festlegung getroffen:

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis "Barrierefreies Erfurt" und der EVAG werden Lösungsmöglichkeiten zur barrierefreien Ertüchtigung der Haltestellen in Erfurt beraten. Es wird die Planung für Realisierung Umbauten der Haltestellen (Busse und Bahnen) mit der entsprechenden Zeitschiene vorgelegt. T.: 22.08.2018 V.: Bürgerbeauftragte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen	DS 1023/18
--	---------------

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

- 7.1. Vertagung aus der Sitzung des Ausschusses vom 08.11.2017 2051/17
Modellprojekt "biko" angesiedelt bei pro familia
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und
Jugend
Projektmitarbeiterin "biko"

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, begrüßte die Projektmitarbeiterin. Ihr wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Frau Kleimenhagen, sachkundige Bürgerin, fragte nach den Auswirkungen, die sich nach der Veröffentlichung im Amtsblatt ergeben haben.

Durch die Projektmitarbeiterin "biko" wurde bestätigt, dass sich mehr Personen aufgrund dieser Veröffentlichung gemeldet haben.

Hinsichtlich einer regelmäßigen Veröffentlichung über das Modellprojekt gibt es nach ihren Informationen keine Absprachen, wünschenswert aus ihrer Sicht wäre eine halbjährliche Veröffentlichung.

Der Anregung folgend, wurde festgehalten, dass der Ausschuss eine regelmäßige Veröffentlichung im Amtsblatt empfiehlt.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Situation obdachloser Menschen in Erfurt 0578/18
Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung und Jugend

zur Kenntnis genommen

7.3. Sonstige Informationen

Es gab keinen weiteren Informationsbedarf seitens der Ausschussmitglieder und seitens der Verwaltung.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, beendete die öffentliche Sitzung und stellte anschließend die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in